

### Migration in der Nachbarschaft - oder: die deutsche Sicht auf Migration

Güleş, Antje; Sturm, Gabriele

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Güleş, A., & Sturm, G. (2013). Migration in der Nachbarschaft - oder: die deutsche Sicht auf Migration. *Informationen zur Raumentwicklung*, 5, 427-436. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58293-4>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

# Migration in der Nachbarschaft – oder: Die deutsche Sicht auf Migration

Antje Güleş  
Gabriele Sturm

## 1 Einwanderungsland Deutschland

Deutschland ist in den vergangenen 50 Jahren zu einem Einwanderungsland geworden (Harlander 2012). Das war anfangs nicht so geplant und wird auch erst seit relativ kurzer Zeit offen thematisiert – z.B. dadurch, dass es seit 2005 im Bundeskanzleramt eine „Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration“ im Rang einer parlamentarischen Staatssekretärin gibt. Zuvor gab es seit 1978 das eher wenig beachtete Amt des „Beauftragten zur Förderung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“. Auch in Bundesländern und in großen Kommunen gibt es vergleichbare Funktionen als Integrationsbeauftragte. Diese Fakten sind hier nicht per se interessant. Sie repräsentieren jedoch die Reaktion staatlicherseits auf Migrationsbewegungen, die zunächst vor allem Westdeutschland zu einer bunteren Republik werden ließen.

Der aktuelle Zensus gibt an, dass 2011 von den 79,65 Mio. in der Bundesrepublik lebenden Menschen 15,02 Mio. bzw. 18,9% einen Migrationshintergrund hatten. Von diesen wiederum hatten 5,98 Mio. bzw. 7,5% der Gesamtbevölkerung keine deutsche Staatsbürgerschaft und gelten damit im amtlichen Sprachgebrauch als Ausländer. Von den mehr als 15 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund<sup>1</sup> lebten zum Stichtag des Zensus 6,96 Mio. bzw. 46% seit mindestens 20 Jahren in Deutschland. Etwa 60% von ihnen haben heute die deutsche Staatsbürgerschaft.

In der Anfangszeit erfolgte Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland fast ausschließlich in die industriellen Zentren, die einen hohen Bedarf an Arbeitskräften hatten. Dies hat dazu geführt, dass sich bis heute die ausländische Bevölkerung in den großen westdeutschen Städten konzentriert: „Die höchsten Ausländeranteile weisen die Städte der Region Südhessen (Frankfurt/Main, Offenbach, ...), München, Mannheim/Ludwigshafen, die baden-württembergischen Städte Stuttgart, Heilbronn sowie Köln und Düsseldorf aus. Besonders

niedrige Anteile hatten dagegen vor allem die meisten norddeutschen und alle ostdeutschen Städte“ (Petrowsky 2011:188). Diese ungleiche Verteilung von Migrantinnen und Migranten auf Städte und Kommunen lässt im Alltag entsprechend unterschiedliche Möglichkeiten für Kontakte und gemeinsame Erfahrungen von lange Ansässigen und Zugewanderten entstehen. Konflikttheoretische Ansätze betonen, dass Kontakte in Verbindung mit Kooperationen notwendig sind, um den Abbau von Vorurteilen bzw. von Konfliktpotenzial zwischen Gruppen zu fördern. So spielen Alltagserfahrungen eine wichtige Rolle in Integrationsprozessen.

Das gesellschaftliche Zusammenwachsen von in Deutschland ansässigen und aus anderen Ländern zugewanderten Menschen findet vor allem in den Köpfen statt. Deshalb widmen wir uns hier im Weiteren den Aussagen, die Befragte in der jährlich stattfindenden Bevölkerungsbefragung des BBSR über ihre Nachbarschaft und ihre Wahrnehmung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern machen. Es geht bei Befragungsergebnissen nicht um eine neutrale Beschreibungen von Tatsachen, sondern um Wahrnehmungen und Urteile über Wahrnehmungen. Als Annahme steht hinter unserer Betrachtung, dass da, wo interkulturelle Nachbarschaften als Normalität beurteilt werden, sich die Kraft der Menschen auf die Lösung wesentlicherer Probleme richten kann. Dort, wo das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ängstlich oder abwehrend betrachtet wird, entstehen Konflikte, die Kraft kosten und Unruhe oder Misstrauen weit über den Ort der Auseinandersetzung hinaus verbreiten. Dies haben jüngst auch die Auseinandersetzungen um Flüchtlingsheime in Berlin-Hellersdorf – ein Stadtteil mit vergleichsweise wenig ausländischer Bevölkerung – oder im Main-Taunus-Kreis gezeigt. Insofern lassen die in Befragungen thematisierbaren Beurteilungen nicht nur auf gesellschaftliche Stimmungen, sondern auch auf das integrative Potenzial des Gemeinwesens schließen.

---

Antje Güleş  
Dr. Gabriele Sturm  
Bundesinstitut für Bau-,  
Stadt- und Raumforschung im  
Bundesamt für Bauwesen und  
Raumordnung  
Deichmanns Aue 31–37  
53179 Bonn  
E-Mail:  
antje.gueles@bbr.bund.de  
gabriele.sturm@bbr.bund.de

Im Folgenden wollen wir kurz unser Material vorstellen. Dann gilt der erste Blick der Entwicklung von Urteilen über die Zeitspanne der vergangenen 13 Jahre. Der zweite vertiefende Blick wird sich auf Zusammenhänge zwischen Nachbarschaftsurteilen und der Qualität des Wohngebiets richten sowie auf den Zusammenhang zwischen Nachbarschaftsurteilen und der persönlichen Erfahrung mit Zugewanderten bzw. der geäußerten Kontaktintensität.

## 2 Themenschwerpunkt Nachbarschaft in der BBSR-Umfrage

Bereits seit Mitte der 1980er Jahre werden mit der jährlichen Bevölkerungsbefragung Informationen zu Wohn- und Lebenslagen privater Haushalte für das raumbezogene Informationssystem des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erhoben. Seit Herbst 1990 wird diese Umfrage repräsentativ für Siedlungsstrukturtypen und für Privathaushalte in Gesamtdeutschland durchgeführt.

Das Design der BBSR-Umfrage ist als induktiv erschließende Trenduntersuchung angelegt. Die Stichprobenziehung erfolgt als mehrfach geschichtete Zufallsauswahl. Zuletzt wurden im Oktober und November 2012 mit deutsch sprechenden, volljährigen Personen aus rund 3 900 Haushalten computergestützte persönliche Interviews durchgeführt. Es gibt einen Korpus von jährlich gestellten Fragen, ergänzt um Vertiefungsfragen zu wechselnden Themenschwerpunkten. Ein Teil der Fragen wird gleichlautend auch in anderen als Survey angelegten Befragungen gestellt. Damit erlauben die Ergebnisse den Vergleich zum Sozioökonomischen Panel (SOEP) oder zum Mikrozensus. Die Sonderfragen zum Themenschwerpunkt „Nachbarschaft/Integration/Partizipation“ wurden zuletzt im Jahr 2011 gestellt. Deshalb werden sich einige Zusammenhangsanalysen auf dieses Jahr beziehen, während die vorgestellten Zeitreihen die Jahre 2000 bis 2012 umfassen.

Zum Themenfeld „Nachbarschaft/Integration/Partizipation“ wird jedes Jahr nach der alters- und sozialstrukturellen Zusammensetzung der Nachbarschaft gefragt. Weiter gibt es eine Frage nach der Qualität des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern in der Nachbarschaft, eine nach In-

tegrations- versus Segregationsneigung der Befragten und als Copingvariable eine Frage nach den eigenen Staatsbürgerschaften. All diese Fragen sind erstmals in den 1980er Jahren formuliert worden und entsprechen dem damaligen Sprachduktus. Wenn der Fragebogen Nachbarschaften als Themenschwerpunkt hatte, gab es zusätzliche Fragen unter anderem zur Intensität der Nachbarkontakte, zu Kontakten mit Ausländern (bzw. bei Befragten mit ausländischem Pass zu Kontakten mit Deutschen) in der Nachbarschaft, bei der Arbeit, im Freundes- und Bekanntenkreis, in der Familie oder der nahen Verwandtschaft, Fragen zur Art möglicher Konflikte, zur Zufriedenheit mit der Nachbarschaft und zum Ruf des Wohngebiets.

## 3 Wahrnehmung von Ausländern in der Nachbarschaft

In den vergangenen Jahren ist jährlich auch die wahrgenommene Sozialstruktur im eigenen Wohngebiet erhoben worden. Dafür wurde gefragt: „Wie ist in Ihrem Wohngebiet die soziale Zusammensetzung, also wie stark sind hier die folgenden Bevölkerungsgruppen vertreten?“ Es werden sechs Bevölkerungsgruppen genannt, unter anderem „Ausländer und ausländische Familien – Wie stark sind die hier vertreten?“ (Antwortvorgabe hat fünf Ausprägungen von „praktisch gar nicht“ bis „sehr stark“). Die Wahrnehmung dieser Populationen im Wohngebiet erfolgt dem äußeren Anschein nach, also aufgrund von Aussehen, kleidungsmäßigen Vorlieben, Hautfarbe und sprachlichen Akzenten. Die Einschätzung kommt damit eher dem neuen amtlichen Erhebungsmerkmal „Migrationshintergrund“ nahe als der für Nachbarn nicht erkennbaren Staatsbürgerschaft, die dem amtlichen Merkmal „Ausländer“ zugrunde liegt. Wir sprechen hier im Weiteren nur von Ausländern, wenn wir uns auf die im Fragebogen benutzen Formulierungen beziehen. Sonst wählen wir den Begriff der Migranten. Der umfasst im Rahmen internationaler Migrationsforschung zwar auch nur die erste Generation der aus dem Ausland Zugewanderten, passt hier trotzdem besser als die Bezeichnung als Ausländer. Viele Befragte tun sich mit der klassifizierenden Einschätzung ihrer Nachbarinnen und Nachbarn schwer. Deshalb weisen wir

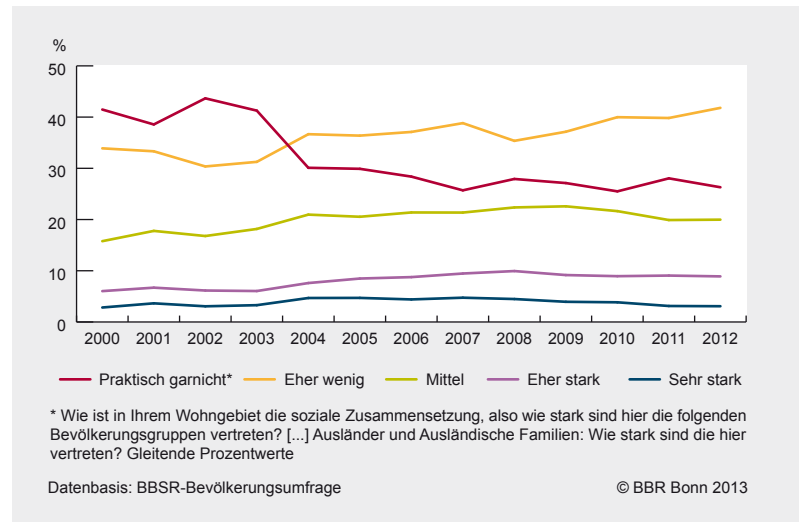
(1) „Als Personen mit Migrationshintergrund zählen im Zensus 2011 alle Ausländer/-innen sowie alle Deutschen, die nach 1955 auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind oder mindestens einen nach 1955 zugewanderten Elternteil haben“ (Statistisches Bundesamt 2013).

gegebenenfalls auch die Anteile von „weiß nicht“-Antworten aus.

Hinsichtlich eines möglichen Migrationshintergrunds ihrer Nachbarinnen und Nachbarn geben über alle Jahre hinweg knapp 5% der Befragten an, dass sie dies nicht einschätzen können bzw. nicht beantworten wollen. Von allen, die die Frage beantworteten, gaben im Jahr 2000 noch 44% an, dass es praktisch keine Ausländer in ihrem Wohngebiet gäbe – 2012 waren dies nur noch 25%. Am anderen Ende des Wahrnehmungsspektrums gaben im Jahr 2000 rund 8% der Antwortenden an, dass Ausländer stark bzw. sehr stark in ihrem Wohngebiet vertreten wären – 2012 waren es 12%. Trotz unserer Betonung, dass wir mit einer Befragung nur Wahrnehmungen erheben, entsprechen die Größenverhältnisse in etwa den realen Verhältnissen. Nahm die Wahrnehmung von Migrantinnen und Migranten in den 90er Jahren in allen Gemeindetypen stetig zu, hat es auf diese Frage während der jüngst vergangenen Jahre eher ähnliche Antworten und damit Zeitreihen mit stagnierenden oder allenfalls leicht ansteigenden Einschätzungsquoten gegeben. Auf jeden Fall ist die Wahrnehmung von Migrantinnen und Migranten in der eigenen Wohnumgebung deutschlandweit verbreitet zu einer Normalität geworden – im Westen stärker als im Osten.

2012 berichteten im Westen 82% der Befragten über Migrantinnen und Migranten im Wohngebiet – im Osten nur knapp die Hälfte. Da die Geschichte der Einwanderung nach Deutschland durch Arbeitsmigration dominiert wurde, erscheint es im Vergleich der Stadt- und Gemeindetypen plausibel, dass in Großstädten mehr Menschen mit Migrationshintergrund leben als in Mittelstädten, und dort wiederum mehr als in Kleinstädten und Landgemeinden. Entsprechend äußern sich über alle Jahre hinweg auch die Interviewten. Allerdings fällt für die ostdeutschen Städte und Gemeinden auf, dass kurz nach der Wende quasi noch nirgends in erwähnenswertem Ausmaß Migrantinnen und Migranten zur Nachbarschaft gezählt wurden. Deren Wahrnehmung hat nicht nur stetig zugenommen, sondern sich auch zunehmend auseinanderentwickelt: In ostdeutschen Kleinstädten und Landgemeinden berichten 2012 etwa doppelt so viele, in ostdeutschen Großstädten etwa dreimal so

**Abbildung 1**  
**Wahrnehmung von Ausländern im Wohngebiet, gleitende Mittelwerte 2000 bis 2012**

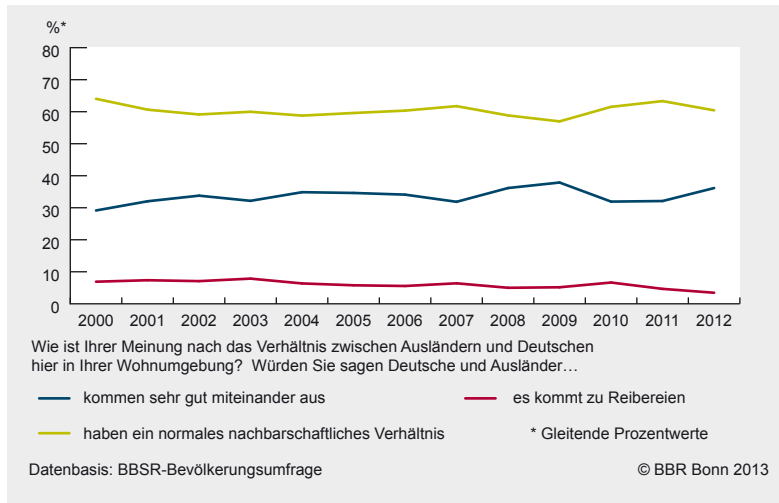


viele Befragte wie 20 Jahre zuvor über ausländische Nachbarn (Sturm/Walther 2010: 718). Damit nähert sich zum einen die in Interviews berichtete Lage in ostdeutschen Großstädten der durchschnittlichen Wahrnehmung in Westdeutschland an und belegt zum anderen die Normalisierung städtischer Bevölkerungsstruktur in einem vom internationalen Austausch abhängigen Land. Die eher ländlich geprägten Gemeinden Ostdeutschlands erscheinen im Urteil der dortigen Bewohnerinnen und Bewohner hingegen eher vom Prozess der Internationalisierung abgekoppelt. Dort wandern nach wie vor große Teile der angestammten deutschen Bevölkerung weg – an Zuwanderung Ortsfremder oder gar Landesfremder ist kaum zu denken.

Da das konkrete, persönlich erlebte Verhältnis zu Nachbarn mit Migrationshintergrund eine wichtige Facette für das Verständnis von gesellschaftlichem Zusammenleben bzw. von städtischen Nachbarschaften darstellt, sollen die Befragten – außer sie hatten angegeben, dass praktisch gar keine Ausländer in ihrem Wohngebiet lebten – für ihre Wohnumgebung einschätzen, ob Deutsche und Ausländer sehr gut miteinander auskommen, ein normales nachbarschaftliches Verhältnis haben oder ob es zu Reibereien kommt. Eine absolute Mehrheit der Befragten konstatiert über all die Jahre für sich ein normales nachbarschaftliches Verhältnis. Während der Erhebungsjahre 2000 bis 2012 wird seitens der Befragten, die zuvor über Ausländer in ihrem Wohngebiet

**Abbildung 2**

**Beurteilung des Nachbarverhältnisses zwischen Deutschen und Ausländern, gleitende Mittelwerte 2000 bis 2012**



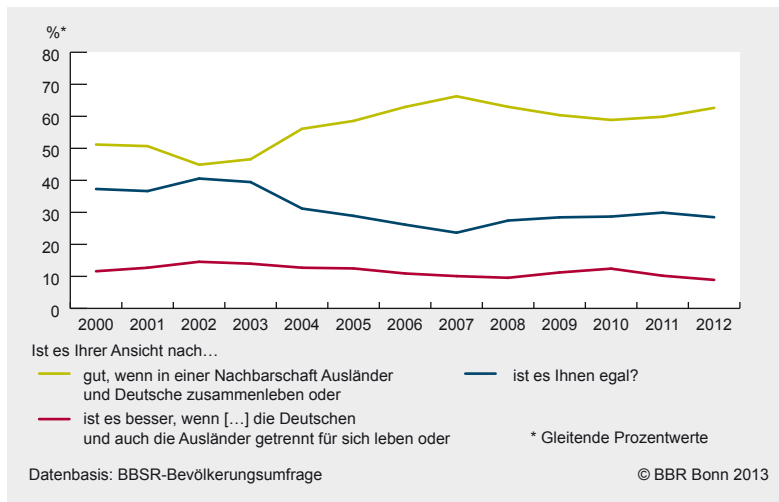
- besser, wenn Ausländer und Deutsche getrennt für sich leben? (interpretiert als „Segregationsneigung“)
- oder ist es ihnen egal? (interpretiert als „Indifferenz“)

Bei dieser Frage nach verschiedenen Modellen des Zusammenlebens ist zu berücksichtigen, dass die Antworten mit einem hohen Grad sozialer Erwünschtheit versehen sind. Weiterhin ist zu bedenken, dass eine solche sensible Einstellungsfrage für sich genommen keine Rückschlüsse auf faktisches Verhalten und Handeln erlaubt.

Trotz dieser Einschränkungen kann festgestellt werden, dass die Integrationsbereitschaft in allen Stadt- und Gemeindetypen erkennbar zunimmt – im Westen etwas stärker als im Osten. Im Durchschnitt aller 2012 dazu Befragten äußerten sich 64 % dahingehend, dass es „gut ist, wenn in einer Nachbarschaft Ausländer und Deutsche zusammen leben“ (Integrationsbereitschaft). 9 % äußerten hingegen ihre Überzeugung, dass es besser sei, wenn „in einer Nachbarschaft die Deutschen und auch die Ausländer getrennt für sich leben“ (Segregationsneigung). Die Antworten auf diese Frage präsentieren einen der nach wie vor auffälligen West-Ost-Unterschiede in den mit der BBSR-Umfrage erhobenen Urteilen ( $X^2_{df=2} = 301$ ; Cramér's  $V = 0,282$ )<sup>2</sup>: Von 3 053 Befragten in den westdeutschen Bundesländern und Westberlin äußern 70 % Integrationsbereitschaft und 6 % Segregationsneigung; von den 729 Befragten in den ostdeutschen Bundesländern und Ostberlin äußern hingegen 37 % Integrationsbereitschaft und 18 % Segregationsneigung. Zudem ist der Anteil derer mit einer indifferenten Haltung im Osten fast doppelt so groß wie im Westen. Inwiefern die ostdeutschen Ergebnisse mit fehlenden Erfahrungen im Zusammenleben oder mit einer Konkurrenzsituation oder einer generellen Angst vor Fremdheit begründbar sind, kann hier im Weiteren nur sehr begrenzt ausgelotet werden.

**Abbildung 3**

**Erwünschte Modelle des Zusammenlebens mit Ausländern, gleitende Mittelwerte 2000 bis 2012**



berichtet hatten, ein leicht steigender Trend der sehr guten Nachbarverhältnisse zu Ausländern geäußert. Entsprechend weisen die Trends für ein normales Nachbarverhältnis oder für die insgesamt nur selten angeführten Reibereien in eine sehr leicht fallende Richtung.

Eine ebenfalls jährlich gestellte Frage im Themenkomplex „Deutsche und Ausländer im Wohngebiet“ lautet: „Ist es Ihrer Ansicht nach...

- gut, wenn in einer Nachbarschaft Ausländer und Deutsche zusammenleben? (interpretiert als „Integrationsbereitschaft“)

Stärker als bei der Zeitreihe in Abbildung 2 fallen bei der Entwicklung der Integrationsbereitschaft bzw. Segregationsneigung in Abbildung 3 die Schwankungen auf. Die Abnahme der Integrationsbereitschaft, die sich in den beiden Erhebungsjahren 2002 und 2003 abzeichnet, ist als eine Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 und deren medialer Aufarbeitung zu inter-



pretieren. Dass die Befragung im Oktober und November 2001 bei dieser Frage noch keine veränderte Reaktion zeigt, belegt, dass noch keine Gleichsetzung von Terrorismusgefahr und internationalisierter Gesellschaft stattgefunden hatte. Auch die deutschen Politiker sendeten widersprüchliche Signale: Während Bundeskanzler Schröder von „uneingeschränkter Solidarität“ mit den USA sprach, hielt Bundespräsident Rau noch am Abend des 11. Septembers eine flammende Rede gegen den Hass und verkündete „Der beste Schutz gegen Terror, Gewalt und Krieg ist eine gerechte internationale Ordnung.“ Für die EU beschloss der Europäische Rat bereits am 21. September, den Terrorismus vorrangig zu bekämpfen – es dauerte jedoch bis zum 27. Dezember, bevor die EU-Mitgliedsstaaten sich einstimmig auf Maßnahmen zur Terrorbekämpfung einigten.

Die abnehmende Integrationsbereitschaft führte dazu, dass ein größerer Teil der Befragten eine indifferente Haltung einnimmt. Der Ansicht, es sei besser, wenn die Deutschen und Ausländer getrennt leben, wurde 2002 vermehrt (15,5% der Befragten) zugestimmt. Sie nimmt bis auf 8,7% ab, um im Jahr 2010 wieder eine Zustimmung von 13,8% der Befragten zu erhalten. Im Jahr 2010 wurde kurz vor dem Befragungszeitraum die Publikation eines anerkannten Volkswirts intensiv diskutiert, dessen fremdenfeindliche Thesen in einem Teil der Bevölkerung Anklang fanden. In diesem Jahr nahm folglich die geäußerte Integrationsbereitschaft ab, nicht zugunsten der Indifferenz, sondern der Segregation. Dies ist ein Hinweis darauf, wie sehr die Antworten der Befragten vom angenommenen Grad sozialer Erwünschtheit abhängen.

Einen weiteren Effekt hatte die Finanzkrise der Jahre 2008 bis 2010 auf die hier betrachteten Urteile: Einerseits nimmt die Integrationsbereitschaft leicht ab und andererseits wird das nachbarschaftliche Verhältnis von Deutschen und Ausländern im eigenen Wohngebiet erkennbar besser beschrieben. Bereits in früheren Analysen ist aufgefallen, dass die Zeitreihen in den Jahren, in denen die wirtschaftliche Situation negativ beurteilt wird, vergleichsweise niedrigere Ausprägungen für Integrationsbereitschaft und höhere für Segregationsneigung aufweisen – und umgekehrt. Damit rückt der Konkurrenzaspekt in den Blick. Ausländer

waren als Arbeitsmigrantinnen und -migranten nach Deutschland gekommen. In Zeiten wirtschaftlicher Schwäche erscheinen sie – unabhängig von den persönlichen Erfahrungen mit ihnen – aus einer verallgemeinernden Perspektive offensichtlich als unliebsame Wettbewerber um knapper gewordene Ressourcen. Zugleich wird die eigene Nachbarschaft durch die vergleichsweise bessere Beurteilung offenbar als Ausnahme tituliert, die als solche das allgemeinere Urteil hinsichtlich des gesellschaftlich anzustrebenden Modells nicht stört. Insofern bestätigen die Befragungsergebnisse auch hier, dass Meinungen eher im Sinne von Stimmungen und Wünschen denn als rational begründete Haltungen abgebildet werden.

---

#### 4 Zusammenhang von räumlichem Umfeld und Beurteilung von Migranten

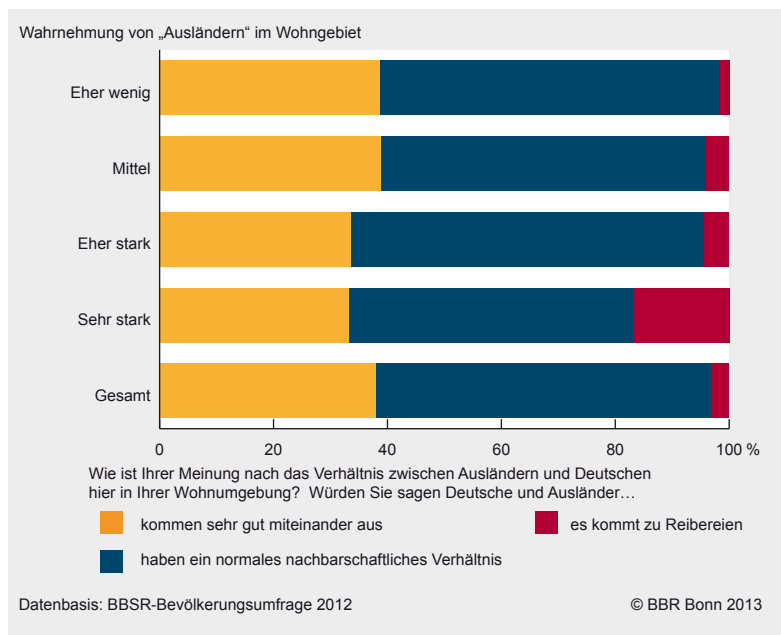
---

Bereits frühere Analysen der BBSR-Umfrage zeigten, dass die Beurteilung der Qualität der nachbarschaftlichen Kontakte und der Integrationsbereitschaft bzw. der Segregationsneigung nicht nur im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Ausländern, sondern auch mit der Wahrnehmung des räumlichen Umfelds der Befragten steht (BBR 2006: 43ff.). Hier wollen wir nun erneut schauen, wie sich solche Zusammenhänge im Jahr 2012 bzw. 2011 darstellen. Dabei setzen wir jeweils die Wahrnehmung von Ausländern im Wohngebiet bzw. die Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung als unabhängige und die Beurteilungen der Qualität des Nachbarverhältnisses bzw. die erwünschten Modelle des Zusammenlebens (Integrationsbereitschaft bzw. Segregationsneigung) als abhängige Variable.

Einer derart gerichteten Fragestellung liegt zum einen eine Kontakthypothese zugrunde, wie sie in sozialpsychologischen Theorien um Intergruppenkonflikte formuliert wird: Wer tagtäglich Erfahrungen mit Migrantinnen und Migranten in der Nachbarschaft macht, baut Vorurteile ab und findet das nachbarschaftliche Zusammenleben in der Regel „normal“ (BBSR 2012: 10). Zum anderen ist die erfragte Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung Indikator für die bauliche und sozialräumliche Qualität des Wohngebiets. Bei niedri-

(2)  
Mit einem  $\chi^2$ -Test wird geprüft, ob für zwei Variablen (hier die Antworten der ostdeutschen bzw. der westdeutschen Befragten) deren Verteilungen im statistischen Sinne gleich sind. Niedrige Werte weisen auf relative Gleichheit, hohe Werte auf relative Ungleichheit – jeweils in Abhängigkeit von der Anzahl der Freiheitsgrade „df“ und dem gewünschten Signifikanzniveau. Der  $\chi^2$ -Wert zeigt nur, ob ein Zusammenhang existiert oder nicht, er sagt noch nichts über die Stärke eines Zusammenhangs aus. Erst der Kontingenzkoeffizient Cramérs V ist eine Maßzahl (variierend zwischen 0 für keinen und 1 für totalen Zusammenhang) für die Stärke des Zusammenhangs zwischen nominalskalierten Variablen.

**Abbildung 4**  
**Beurteilung des Nachbarverhältnisses zwischen Deutschen und Ausländern**  
**nach Wahrnehmung von Ausländern im Wohngebiet, 2012**

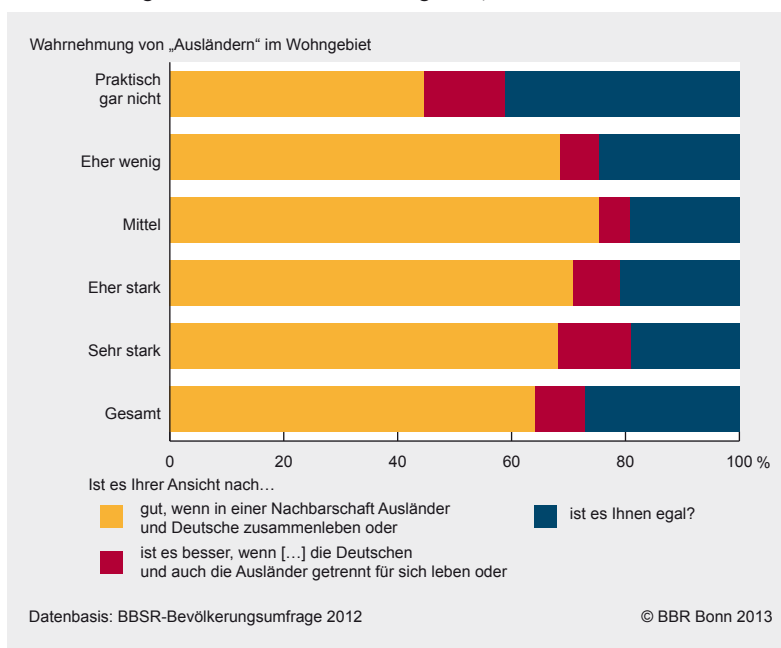


beschriebenen Wohnlagen sind genau die, in denen die Mehrheit der neu Zuwandernden – also auch Migrantinnen und Migranten – zuerst ankommt. Solche schlechter ausgestattete und hinsichtlich der Anforderungen an kulturelle Kompetenz insgesamt anstrengendere Wohnumgebungen bergen per se mehr Konfliktpotenzial und begünstigen Konkurrenz um die geringeren Ressourcen (Böltken et al. 2002: 412).

Zunächst schauen wir, wie sich die Wahrnehmung von Ausländern in der Nachbarschaft auf die Beurteilung des Nachbarverhältnisses zwischen Ausländern und Deutschen (Abb. 4) auswirkt. Die Beurteilung des Nachbarverhältnisses wurde nur von denen erhoben, die Ausländer im Wohngebiet wahrnehmen: Die 450 Befragten, die in ihrem Wohngebiet Ausländer stark und sehr stark vertreten sehen, berichten mit 33 % etwas seltener, dass sie „sehr gut miteinander auskommen“. Am anderen Ende der Antwortskala berichten von den 118 Befragten, die Ausländer sehr stark wahrnehmen, 20 Personen oder 17 %, dass es zu Reibereien kommt. Das eine wie das andere Ergebnis entspricht den Erwartungen und ist statistisch kaum bemerkenswert ( $X^2_{df=6} = 89$ ; Cramérs  $V = 0,128$ ).

Etwas stärker trennt die Wahrnehmung von Ausländern in der Wohnumgebung bezogen auf die Integrationsbereitschaft bzw. Segregationsneigung (Abb. 5). Von den 924 Befragten, die keine Ausländer in ihrem Wohngebiet bemerken, äußern sich nur 45 % deutlich integrationsbereit (andere zwischen 68 % und 75 %), indem sie das Zusammenleben in einer Nachbarschaft befürworten. Dies Ergebnis unterstützt die klassische Kontakthypothese. Problematisch erscheint, dass weitere 14 % ( $n = 132$ ) derer, die keine Nachbarschaftserfahrungen mit Migrantinnen und Migranten haben, für getrennte Nachbarschaften plädieren. Von denen, die sehr viele Ausländer in ihrer Nachbarschaft wahrnehmen, äußern dies 13 % ( $n = 15$ ). Das Antwortverhalten auf diese Frage zeigt trotz der anzunehmenden Dämpfung durch soziale Erwünschtheit statistisch leicht auffällige Abhängigkeiten ( $X^2_{df=8} = 223$ ; Cramérs  $V = 0,173$ ): So stützen diese Ergebnisse die bereits oben formulierten Interpretationen im Hinblick auf die Kontakthypothese wie auf Probleme mit Konkurrenz.

**Abbildung 5**  
**Erwünschte Modelle des Zusammenlebens mit Ausländern nach**  
**Wahrnehmung von Ausländern im Wohngebiet, 2012**

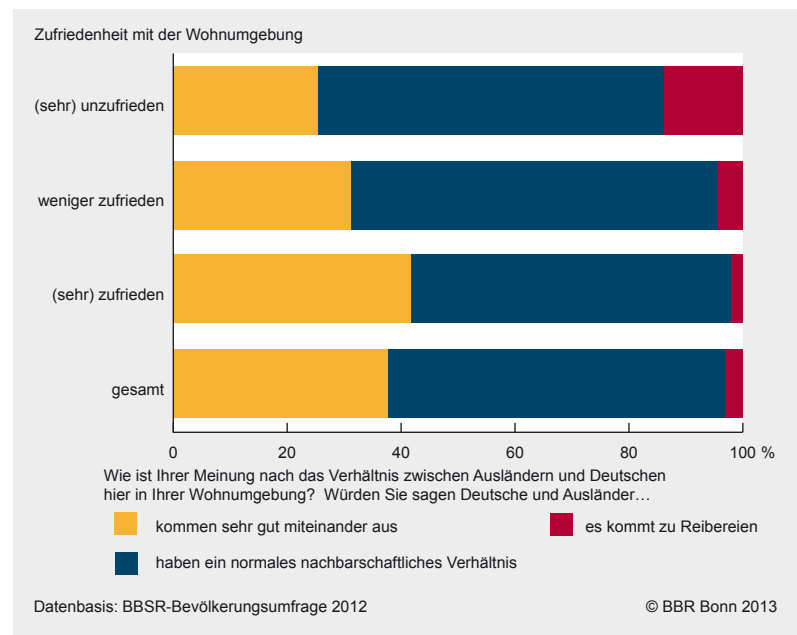


gem Eigentumsanteil, in Großstädten, in Großwohnsiedlungen und siedlungsstrukturellen Mischgebieten, in typischen Innenstadtlagen mit häufig noch wenig saniertem Altbaubestand und vergleichsweise niedrigeren Mieten ist die Wohnumfeldzufriedenheit niedriger als andernorts (BBR 2006: 21ff. und 43ff.; BBSR 2011: 4f.). Die so

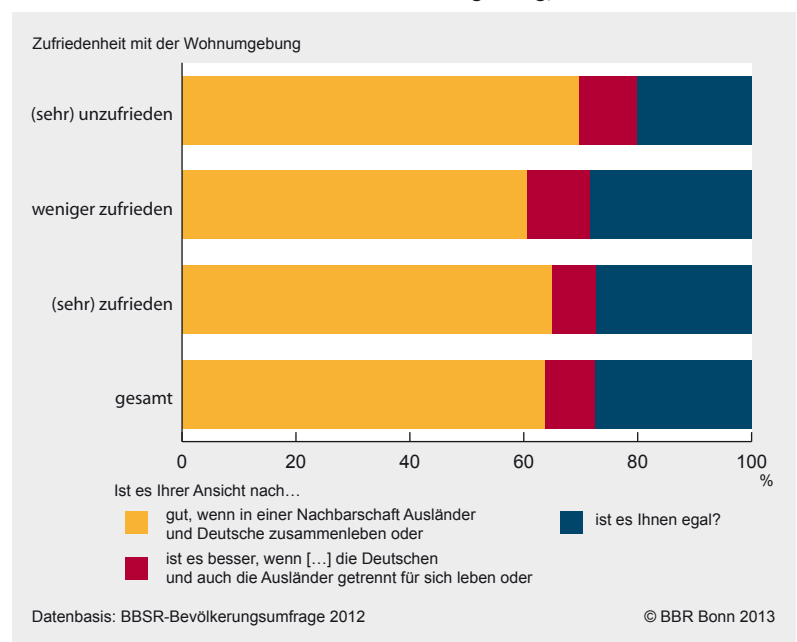
Weiter werfen wir einen Blick darauf, wie sich die Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung auf die Beurteilung des Nachbarverhältnisses zwischen Ausländern und Deutschen (Abb. 6) auswirkt. Die Zufriedenheit wird auf einer 7-stufigen Skala von sehr zufrieden bis sehr unzufrieden gemessen. Von den 79 Befragten, die mit ihrer Wohnumgebung (sehr) unzufrieden (Werte 1 und 2) sind, berichten 25 % (n = 20), dass sie „sehr gut miteinander auskommen“, und 14 % (n = 11), dass es zu Reibereien kommt. 61 % (n = 48) berichten allerdings über ein normales nachbarschaftliches Verhältnis. Von den 1 742 Befragten, die mit ihrer unmittelbaren Wohnumgebung zufrieden und sehr zufrieden (Werte 6 und 7) sind, äußern hingegen 42 %, dass sie „sehr gut miteinander auskommen“, und lediglich 2 % (n = 38), dass es zu Reibereien kommt. Ein normales nachbarschaftliches Verhältnis konstatieren hier 56 % (n = 974). Diese Urteile bestätigen die zuvor formulierte Annahme, dass in schlechteren Wohnlagen eher Konflikte mit Migrantinnen und Migranten zu erwarten sind ( $X^2_{df=12} = 112$ ; Cramérs V = 0,144). Diese sind allerdings eher auf soziale Lagen zurückzuführen.

Die Folgefrage wird auch von denen beantwortet, die in ihrer Wohnumgebung keine Ausländer wahrnehmen. Die Wahrnehmung von keinen Ausländern im eigenen Wohngebiet hat allerdings keinen Einfluss auf die Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung – Ausländer in der Nachbarschaft wahrzunehmen, beeinflusst die Wohnumfeldzufriedenheit weder positiv noch negativ. Zwar unterscheiden sich auch die Überzeugungsanteile in Bezug auf Integrationsbereitschaft bzw. Segregationsneigung leicht in Abhängigkeit von der Beurteilung des Wohnumfeldes (Abb. 7), aber deutlich weniger stark als in Abhängigkeit von der zuvor betrachteten Ausländerperzeption. Von den 99 Befragten, die mit ihrer Wohnumgebung (sehr) unzufrieden sind, äußern 70 % Integrationsbereitschaft und 10 % Segregationsneigung. Von den 2 554 Befragten, die mit ihrer unmittelbaren Wohnumgebung zufrieden und sehr zufrieden sind, äußern 65 % Integrationsbereitschaft und 8 % (n = 197) Segregationsneigung. Diese geringen Unterschiede sind statistisch nicht auffällig ( $X^2_{df=12} = 49$ ; Cramérs V = 0,08). Sie lassen jedoch darauf schließen, dass wahrgenommene Konflikte mit Mig-

**Abbildung 6**  
**Beurteilung des Nachbarverhältnisses zwischen Deutschen und Ausländern nach Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung, 2012**



**Abbildung 7**  
**Erwünschte Modelle des Zusammenlebens mit Ausländern nach Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung, 2012**



ranten nicht der maßgebliche Grund für die Ablehnung von Integration sind.

Zusammengefasst berichten also vor allem diejenigen mit einer schlecht beurteilten Wohnumgebung und mit sehr vielen wahrgenommenen Ausländern in der Nachbarschaft von Reibereien zwischen Deutschen



und Ausländern im Wohngebiet. Wie bereits gesagt, ist solch ein Befund aufgrund unserer alltäglichen wie theoretischen Erfahrungen nicht nur plausibel, sondern auch zu erwarten. Grundsätzliche Probleme mit Integration – hier angezeigt durch die Überzeugung, dass es besser sei, wenn in einer Nachbarschaft die Deutschen und die Ausländer für sich getrennt lebten – äußern hingegen vor allem diejenigen, die gar keine Erfahrung mit Migrantinnen und Migranten in der Nachbarschaft haben bzw. dort keine Ausländer wahrnehmen. Dies stärkt die bereits häufiger zur Erklärung herangezogene Kontakthypothese. Diesen Aspekt wollen wir in einem letzten Analyseschritt noch etwas genauer ansehen.

### 5 Zusammenhang von Kontaktintensität und Beurteilung von Migranten

In den Jahren mit Befragungsschwerpunkt „Nachbarschaft“ – zuletzt 2011 – werden die Befragten mit ausschließlich deutscher Staatsbürgerschaft nach regelmäßigen persönlichen Kontakten zu Ausländern oder deren Familien gefragt (Mehrfachantworten möglich; zum Fragebogen geänderte Reihenfolge der Items mit Gewichtung für Index Kontaktintensität):

- in der eigenen Familie oder der näheren Verwandtschaft (Gewichtung: 4);
- im Freundes- und Bekanntenkreis (Gewichtung: 3);
- am Arbeitsplatz (Gewichtung: 2);
- in der Nachbarschaft (Gewichtung: 1).

Wer keine deutsche Staatsbürgerschaft hat oder Mehrstaater ist, wird entsprechend nach Kontakten zu Deutschen oder deren Familien gefragt – worauf wir hier wegen des geringen Stichprobenumfangs nicht eingehen. Aus dieser mehrteiligen Frage bilden wir einen Summenindex für die Kontaktintensität der Deutschen. Dafür gewichten wir jede erfolgte Nennung abgestuft nach der angenommenen persönlichen Involviertheit, die die angeführten sozialen Netze im Durchschnitt für eine Person mit sich bringen. Wer gar keine Kontakte zu Ausländern oder deren Familien angibt, erhält den Summenwert 0, wer alle vier Kontaktebenen angibt, erhält den Summenwert 10 zugewiesen. Von 3 777 Befragten

gaben 1 641 oder 43 % an, keine Kontakte zu haben. Wer in der Summe 1 bis 3 Punkte erreicht, dem wird eine geringe Kontaktintensität zugeschrieben ( $n = 1\,263$  oder 33 %); für wen 4 bis 6 Punkte aufsummiert werden, dem wird eine mittlere Kontaktintensität zugeschrieben ( $n = 597$  oder 16 %); wer 7 bis 10 Punkte erzielt, bei dem gehen wir von einer sehr hohen Kontaktintensität aus ( $n = 277$  oder 7 %). Hierbei wird erneut deutlich, wie unterschiedlich sich die Internationalisierung des alltäglichen Lebens auch mehr als 20 Jahre nach der Deutschen Einheit darstellt ( $X^2_{df=3} = 242$ ; Cramérs  $V = 0,253$ ): Von den 3 016 in Westdeutschland und Westberlin Befragten haben 37 %, von den 761 in Ostdeutschland und Ostberlin Befragten 68 % laut eigenen Angaben keinerlei Kontakt zu Ausländern oder deren Familien; eine sehr hohe Kontaktintensität zeigen im Westen 9 % und im Osten 3 %.

Wenn wir nun betrachten, wie sich das Urteil über die Qualität des Nachbarverhältnisses zwischen Deutschen und Ausländern in der eigenen Wohnumgebung in Abhängigkeit von der persönlichen Kontaktintensität zu Migrantinnen und Migranten darstellt (Abb. 8), stützen die Ergebnisse wiederum die Kontakthypothese ( $X^2_{2df=12} = 152$ ; Cramérs  $V = 0,152$ ): Wer eine sehr hohe Kontaktintensität in eigenen sozialen Netzwerken hat, beurteilt auch das Nachbarverhältnis im eigenen Wohnumfeld vermehrt sehr gut. Ob Reibereien in der Nachbarschaft wahrgenommen werden, scheint hingegen nicht von der eigenen Kontaktintensität abzuhängen. Weiterhin erscheint plausibel, dass Befragte ohne alltägliche Kontakte zu Migrantinnen und Migranten das Nachbarverhältnis zwischen Deutschen und Ausländern nicht zu beurteilen wagen und mit „weiß nicht“ antworten.

Schließlich setzen wir auch die Integrationsbereitschaft bzw. die Segregationsneigung der Befragten mit ausschließlich deutscher Staatsbürgerschaft in Beziehung zu ihren alltäglich praktizierten Kontakten zu Ausländern oder deren Familien (Abb. 9). Da verstärkt sich wiederum das bereits bei der Auswirkung des sozialräumlichen Wohnumfelds erkennbare Bild ( $X^2_{df=9} = 428$ ; Cramérs  $V = 0,194$ ): Nicht nur, wer Ausländer in der eigenen Wohnumgebung wahrnimmt – und damit auch Möglichkeiten für Erfahrungen mit den zunächst fremden Nachbarn machen kann –, sondern

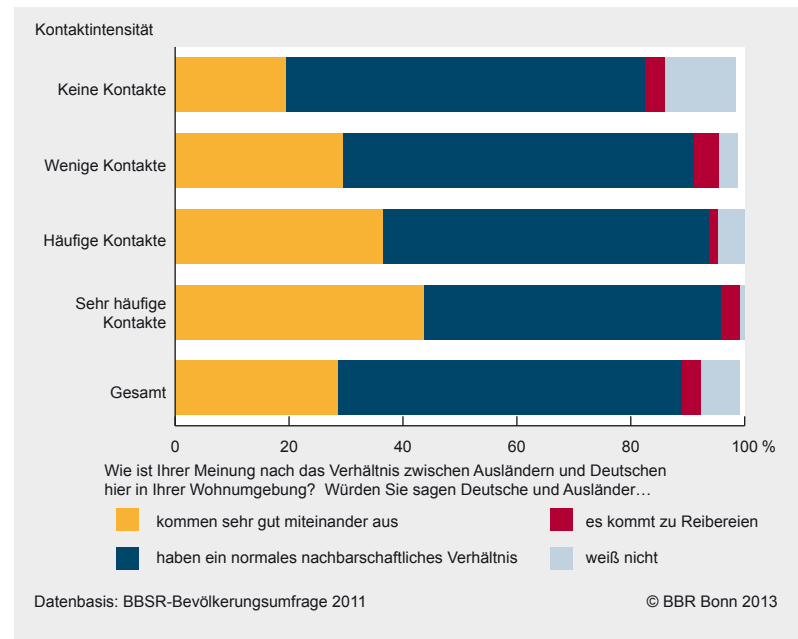
insbesondere diejenigen, die bereits eine vergleichsweise höhere Kontaktintensität haben, zeigen auch in höherem Umfang Integrationsbereitschaft in dem Sinne, dass sie verstärkt dafür eintreten, dass Ausländer und Deutsche in einer Nachbarschaft zusammenleben. Von denen, die persönlich gar keine Kontakte haben, geben 249 oder 15% an, dass sie getrennte Nachbarschaften für Ausländer und Deutsche präferieren würden und äußern damit deutliche Segregationsneigung.

## 6 Fazit

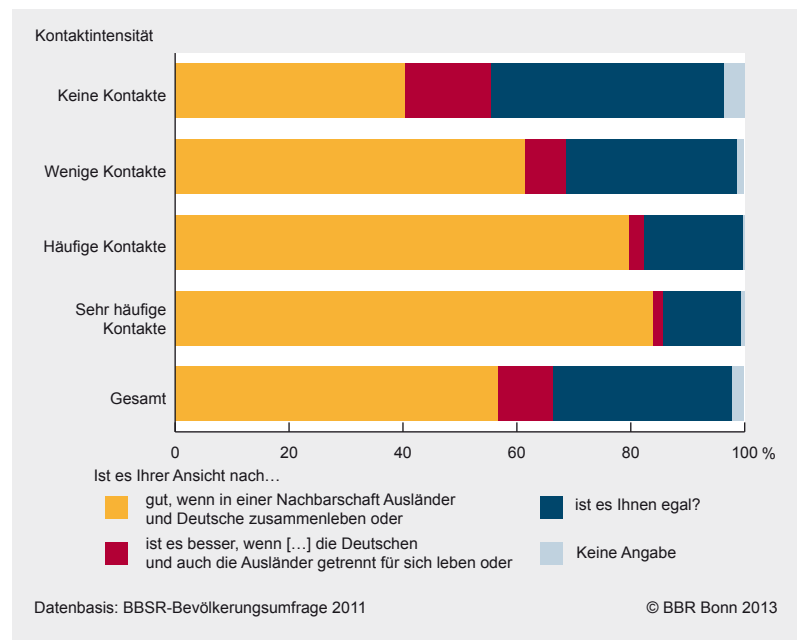
2002 wiesen Ferdinand Böltken, Hans-Peter Gatzweiler und Katrin Meyer darauf hin, dass in Deutschland von räumlicher Integration im Sinne von Chancengleichheit für Deutsche und Ausländer noch keine Rede sein könne. Weiter folgerten sie aus der damaligen Umfrage-Auswertung: „Räumliche Integrationsaufgaben liegen einerseits da, wo eine anhaltend hohe Zuwanderung aus dem Ausland auf eine deutsche Bevölkerung trifft, die noch wenig Erfahrung im Zusammenleben mit Ausländern hat, und wo insofern mehr Probleme im alltäglichen Umgang mit ‚Fremdheit‘ zu erwarten sind als anderswo. Speziell hier muss die Aufnahmegesellschaft vorbereitet, informiert und einbezogen werden. Andererseits stellen sich Integrationsaufgaben verstärkt dort, wo es schon viele Ausländer gibt, d. h. in den Stadtregionen, vor allem deren Kernstädten“ (2002: 412). Diese Einschätzung kann bis heute geteilt werden. Verstärkt hat sich seit damals jedoch die geäußerte Integrationsbereitschaft in der Bevölkerung zulasten einer indifferenten Haltung. Der Anteil derer, die eine Segregationsneigung erkennen lassen, bleibt hingegen auf einem gleich niedrigen Niveau.

In Deutschland erfolgt Integration von Migrantinnen und Migranten offenbar verbreitet in Wohnnachbarschaften, die – im Unterschied zu Urlauben im Ausland – auf der Ebene eher distanzierter Nachbarverhältnisse ein Kennenlernen in alltäglichen Lebensvollzügen ermöglichen. Bei den hier analysierten Meinungen in Bezug auf Integrationsbereitschaft versus Segregationsneigung ist die größte Differenz zwischen denen ohne wahrgenommene ausländische Nachbarn und denen, die zumindest einige

**Abbildung 8**  
**Beurteilung des Nachbarverhältnisses zwischen Deutschen und Ausländern nach Intensität der Kontakte in Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft und am Arbeitsplatz, 2011**



**Abbildung 9**  
**Erwünschte Modelle des Zusammenlebens mit Ausländern nach Intensität der Kontakte in Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft und am Arbeitsplatz, 2011**



wenige Ausländer in ihrer Nachbarschaft bemerken, festzustellen. Entsprechend scheinen die Ergebnisse der BBSR-Umfrage die Kontakthypothese der Sozialpsychologie zu stützen. Die Menschen in Deutschland haben inzwischen mehrheitlich so viel Erfahrung damit, dass wir eine Einwande-

rungsgesellschaft sind, dass ein nicht unerheblicher Teil der befragten Deutschen Kontakte zu Migrantinnen und Migranten auf verschiedenen Ebenen der persönlichen Involviertheit hat. Unsere Befragungsergebnisse legen nahe, dass dadurch positive Einstellungen verstärkt werden.

Insofern sind alle Verantwortlichen in Politik, Planung und Stadtentwicklung zu unterstützen, die sich für gemischte Wohnquartiere stark machen. Räumliche Segregation kann zwar kleine Gemeinschaften stärken, erweist sich jedoch weniger förderlich im Hinblick auf das gesellschaftliche Zusammenwachsen. Auch die im internationalen Vergleich verbreitete eher geringere residenzielle Segregation von Auslän-

dern dürfte deshalb dazu beitragen, dass in Deutschland im Allgemeinen seltener massive Konflikte zwischen lange Ansässigen und Zugewanderten ausbrechen.

All dies bedeutet zunächst, dass die Zivilgesellschaft in Deutschland bislang besser funktioniert hat als dies allgemein hin öffentlich thematisiert worden ist. Es heißt nicht, dass für Politik und Verwaltungen nichts mehr zu tun bliebe. Die Rahmenbedingungen für Migration wandeln sich laufend und für das zukünftige Miteinander in einem weltoffenen deutschen Staat ergeben sich neben den bekannten Problemen aus lokal wirksamen Versäumnissen stetig neue, veränderte Ansprüche an das Gemeinwesen, an jede Bürgerin und jeden Bürger.

#### Literatur

- Aronson, Elliot; Wilson, Timothy D.; Akert, Robin M., 2008: Sozialpsychologie. 6. Auflage. München.
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) / Strubelt, Wendelin (wiss. Redaktion), 2002: Internationale Wanderungen und räumliche Integration. Informationen zur Raumentwicklung Heft 8.2002. Bonn.
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) / Sturm, Gabriele (Projektleitung), 2006: Lebensräume. Wohn- und Lebensbedingungen aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner. Berichte Band 24 (insbesondere Kapitel 4: Der sozialstrukturelle Kontext des Wohnens und dessen Bewertung). Bonn.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) / Sturm, Gabriele & Walther, Antje (Bearbeitung), 2011: Stadtansichten. Befunde der BBSR-Umfrage aus Groß- und Mittelstädten. BBSR-Berichte KOMPAKT 6/2011. Bonn. Zugriff: [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BerichteKompakt/2011/DL\\_6\\_2011.pdf](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BerichteKompakt/2011/DL_6_2011.pdf).
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) / Sturm, Gabriele; Walther, Antje (Bearbeitung), 2012: Gespaltene Stadtgesellschaften? Konferenz am 19. Juni 2012 in Siegburg. BBSR-Berichte KOMPAKT 03/2012. Bonn. Zugriff: [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BerichteKompakt/2012/DL\\_3\\_2012.pdf](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BerichteKompakt/2012/DL_3_2012.pdf).
- Böltken, Ferdinand, 1997: Einstellungen zu Ausländern: Ein Vergleich zwischen den alten und neuen Bundesländern. Geographische Rundschau, 49, S. 432, 437.
- Böltken, Ferdinand, 2000: Soziale Distanz und räumliche Nähe – Einstellungen und Erfahrungen im alltäglichen Zusammenleben von Ausländern und Deutschen im Wohngebiet. In: Alba, Richard; Schmidt, Peter; Wasmer, Martina (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Wiesbaden, S. 147–194.
- Böltken, Ferdinand; Gatzweiler, Hans-Peter; Meyer, Katrin, 2002: Räumliche Integration von Ausländern und Zuwanderern. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8.2002, S. 397–414. Zugriff: [www.bbsr.bund.de/](http://www.bbsr.bund.de/).
- Harlander, Tilmann, 2012: Zuwanderung und „überforderte Nachbarschaften“ – zur Debatte um Segregation und Integration seit 1989. In: Harlander, Tilmann; Kuhn, Gerd; Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Soziale Mischung in der Stadt. Stuttgart, Zürich: S. 306–313.
- Krämer-Badoni, Thomas, 2002: Urbanität, Migration und gesellschaftliche Integration. In: Löw, Martina (Hrsg.): Differenzierungen des Städtischen. Opladen: S. 69–86.
- Petrowski, Werner, 2001: Die Einwanderungsstadt und die amtliche Statistik. In: Gestring, Norbert; Glasauer, Herbert; Hannemann, Christine; Petrowski, Werner; Pohlan, Jörg (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2001 – Schwerpunkt: Einwanderungsstadt. Opladen: S. 179–204.
- Statistisches Bundesamt, 2013: Zensus 2011: 80,2 Mio. Einwohner lebten am 9. Mai 2011 in Deutschland. Pressemitteilung Nr. 188 vom 31.05.2013. Wiesbaden.
- Sturm, Gabriele; Walther, Antje, 2010: Angleichung von Lebensbedingungen seit der deutschen Einheit – die Bürgersicht. Informationen zur Raumentwicklung, 10/11.2010, S. 715–726. Zugriff: [www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de).